

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

20. Jahrgang 1972

2. Heft / April

GISELA BERTRAM-LIBAL

DIE BRITISCHE POLITIK IN DER OBERSCHLESILIENFRAGE 1919–1922

An der britisch-französischen Kontroverse um die Zugehörigkeit Oberschlesiens in den Jahren zwischen 1919 und 1922 läßt sich die allgemeine britische Haltung gegenüber Deutschland besonders deutlich ablesen. Zugleich offenbart sie die sowohl prinzipiellen als auch graduellen Unterschiede zur französischen Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg¹.

Von Anbeginn vertraten die alliierten Politiker unterschiedliche Vorstellungen über die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands durch den Friedensvertrag. Daran vermochten auch alle Gemeinsamkeiten in der Einschätzung der Gefahr des Bolschewismus für Europa und insbesondere für Deutschland nichts zu ändern. Die alliierten Hauptmächte konnten sich infolgedessen auf der Pariser Friedenskonferenz nie gänzlich über jene Faktoren, politische Prinzipien und Mittel einigen, die die von allen angestrebte Dauerhaftigkeit der Friedensregelung garantieren sollten. Vor allem aber verhinderten die unterschiedlichen Vorstellungen der beiden europäischen Großmächte Frankreich und England über die Erfordernisse ihrer spezifischen nationalen Sicherheitsinteressen eine klare Antwort auf die Frage, wie in Europa für die Zukunft stabile politische Verhältnisse zu schaffen seien. Da dieses Problem in Paris nicht gelöst werden konnte, wurde es von der Friedenskonferenz den kommenden Jahren hinterlassen. Während die britische Regierung zu der Auffassung tendierte, die Stabilität des europäischen Systems könne nur durch eine Friedensordnung gewährleistet werden, die auch die Zustimmung der Besiegten finde – „that the very justice of its arrangements would provide the true guarantee

¹ Die folgende Arbeit ist ein Auszug aus meiner Dissertation: Aspekte der britischen Deutschlandpolitik 1919–1922, phil. Diss. Tübingen 1971, die im Sommer 1972 in der Reihe „Göppinger Akademische Beiträge“ im Verlag Alfred Kümmerle, Göppingen, erscheinen wird. – Die Arbeit beruht auf den veröffentlichten „Documents on British Foreign Policy 1919–1920“, den Kabinettsprotokollen für die Jahre 1919–1922, den Dokumenten des Foreign Office und den Protokollen der Konferenzen der Jahre 1921 und 1922, die im Public Record Office, London, eingesehen wurden. Inzwischen sind allerdings die Konferenzprotokolle und die Dokumente des Foreign Office für 1921 in den „Documents on British Foreign Policy“ ebenfalls veröffentlicht worden.

of their maintenance“² —, setzte sich in der französischen Regierung die Ansicht durch, daß diese Garantie für Frankreich nur in der Schaffung einer künstlichen Unterlegenheit Deutschlands bestehen könne³. Verbreiteter britischer Vorstellung entsprach es, daß flexible Prinzipien die Grundlage einer Friedensregelung bilden sollten, die garantierten, daß das System auch bei einer Wandlung der internationalen Kräfteverhältnisse durch die Dynamik sozialer und industrieller Entwicklungen funktions- und anpassungsfähig blieb⁴. Insbesondere im Hinblick auf die Geschehnisse in Rußland befürwortete die britische Regierung die Förderung einer „natürlichen Stabilität“ in Westeuropa. Dafür aber galt ein Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich als Voraussetzung⁵. Großbritannien hatte seine wichtigsten Kriegsziele erreicht. Deutschlands Flotte war zerstört, seine machtpolitische Position in der Welt und in Europa soweit reduziert, daß nach Auffassung der britischen Staatsmänner die Friedensregelung auch Frankreich ausreichende Sicherheitsgarantien bot. Die Haltung der britischen Regierung wurde entscheidend durch die Bereitschaft charakterisiert, Deutschland weiterhin als europäische Großmacht zu akzeptieren⁶. Da Deutschland als Machtfaktor auch in Zukunft im Spiele blieb, war die britische Regierung bemüht, die Friedensbestimmungen so erträglich zu gestalten, daß das Reich weder auf den Kurs der Revanchepolitik noch in die Arme des Bolschewismus getrieben wurde, sondern die Tür zu einem allmählichen Ausgleich mit dem Westen offen fand⁷.

Die Wurzeln der britischen Deutschlandpolitik nach dem Kriege liegen in den nationalen Wirtschaftsinteressen, die vor allem die Wiederherstellung des Handels- und Wirtschaftspotentials Großbritanniens sowie die Lösung des Arbeitslosenproblems erforderten⁸. Vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus betrachtet war Deutschland das für Großbritannien wichtigste Land des europäischen Kontinents, dessen Entwicklung die wirtschaftliche und politische Stabilität der anderen europäischen Staaten beeinflussen mußte. Aus diesem Grunde sind die Deutschland- und Europapolitik der britischen Regierung in jenen Jahren nur schwer voneinander zu trennen. Weil Deutschland als die potentiell führende Wirtschaftsmacht

² W.M. Jordan, *Britain, France and the German Problem 1918–1939*, Oxford 1943, S. 2; Hajo Holborn, *Der Zusammenbruch des Europäischen Staatensystems*, Stuttgart 1954, S. 90.

³ Arnold Wolfers, *Britain and France between two Wars, Conflicting Strategies of Peace since Versailles*, New York 1941, S. 13; Holborn, *Zusammenbruch*, S. 90.

⁴ Gwendolen M. Carter, *The British Commonwealth and International Security – The Role of the Dominions 1919–1939*, Toronto 1947, S. 1.

⁵ Harald J. Nelson, *Land and Power, British and Allied Policy on Germany's Frontiers 1916–1919*, London 1963, S. 123.

⁶ Nelson, *Land and Power*, S. 6; Über die britische Kriegszieldiskussion siehe auch Lawrence W. Martin, *Peace without Victory*, New Haven 1958, und Arno J. Mayer, *Political Origins of the New Diplomacy*, New Haven 1959.

⁷ Nelson, *Land and Power*, S. 223; Arno J. Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking, Containment and Counterrevolution at Versailles 1918–1919*, London 1968, S. 72.

⁸ Vgl. hierzu Max Beloff, *Imperial Sunset, Vol I, Britain's Liberal Empire 1897–1921*, London 1969, S. 323, 336.

Europas galt, erhoffte sich die britische Regierung von einem Aufschwung der deutschen Wirtschaft als Folgewirkung einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung Europas⁹. Damit fiel Deutschland in der britischen Wirtschafts- und Europapolitik eine Schlüsselrolle zu. Voraussetzung für einen Erfolg dieser Politik war jedoch, daß sich die französische Regierung den britischen Konzeptionen und Initiativen anschloß und einer wirtschaftlich sinnvollen Reparationsregelung zustimmte. Mit dem Mittel der Konferenzdiplomatie versuchte die britische Regierung daher, nicht nur einen Ausgleich der britisch-französischen Differenzen in der Deutschlandpolitik, sondern auch eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in die Wege zu leiten.

Die französische Regierung bemühte sich hingegen, während der Friedensverhandlungen eine Regelung zu erreichen, „die Frankreich eine unangreifbare militärische Überlegenheit gegenüber Deutschland sicherte“. Daher versuchte sie, möglichst einschneidende territoriale Abtretungen, hohe Reparationen und die Kontrolle des linken Rheinufer durch Frankreich durchzusetzen. Aus dem Charakter dieser Forderungen erklärt sich, daß die französischen Sicherheitsinteressen nicht schon durch den Friedensvertrag und seine Annahme durch die Reichsregierung, sondern allein durch seine vollständige Durchführung zu befriedigen waren¹⁰.

Da es der französischen Delegation auf der Friedenskonferenz nicht gelungen war, die Zustimmung der Alliierten zur strategischen Rheingrenze und zur Übergabe Oberschlesiens an Polen zu gewinnen, verfolgten die französischen Regierungen diese beiden Ziele nach dem Ausfall der anglo-amerikanischen Sicherheitsgarantie mit unverminderter Zielstrebigkeit¹¹. Außerdem bemühten sie sich, eine ausreichende Sicherheitsgarantie von Großbritannien zu erhalten, und bauten ein System von Allianzen mit den kleineren Staaten Europas auf. In der französischen Europapolitik sollten die Staaten des Cordon Sanitaire sowohl die Funktion eines Gegengewichtes gegen Deutschland und Rußland als auch die einer Barriere zwischen ihnen übernehmen. Infolge des Zerfalls der Großmächte Rußland und Österreich war ja die Position Deutschlands trotz territorialer Verluste noch relativ stärker geworden¹². Um so mehr wollte sich Frankreich auf einen starken Alliierten im Osten verlassen können. Es hätte die Wiederherstellung eines konservativen Rußlands bevorzugt; doch als die Aussichten für einen Sieg über die Bolschewisten schwanden, wurde Frankreich schon während der Friedenskonferenz zum Hauptadvokaten eines starken Polens, dessen Territorium auf Kosten seiner Nachbarn ausgedehnt werden sollte¹³. Demgegenüber hegte die britische Regierung Zweifel

⁹ Nelson, *Land and Power*, S. 223; Mayer, *Peacemaking*, S. 72.

¹⁰ Vgl. Wolfers, *Britain*, S. 71; F. S. Northedge, *The Troubled Giant, Britain among the Great Powers 1916–1959*, London 1966, S. 122.

¹¹ Memorandum Headlam Morleys vom 8. August 1922 über die französische Rheinlandpolitik seit der Friedenskonferenz, *Foreign Office Papers* (abgekürzt: FO) 371/7482, S. 211 ff.

¹² D. W. Brogan, *The Development of Modern France 1870–1935*, London 1949, S. 548.

¹³ Mayer, *Peacemaking*, S. 308, 285, 287, 597.

an der Stabilität der Staaten des Cordon Sanitaire und weigerte sich, aus Furcht vor Verwicklungen, das französische Allianzsystem zu unterstützen oder ihm gar beizutreten. „Britain would have been less reluctant to enter a tight security system. Whereas Britain shied back from joining France in keeping down a bitterly dissatisfied Germany and upholding an artificially inflated Poland, she was inclined to help her contain a defeated Germany and a little Poland.“¹⁴ So schuf Frankreich durch seine Osteuropapolitik selbst gerade jene Einwände, die die britische Regierung zu der Entscheidung veranlaßten, die Sicherheitsgarantie gegenüber Frankreich nicht allein zu übernehmen.

An diesen divergierenden Interessen und Konzeptionen der britischen und der französischen Deutschlandpolitik wird deutlich, in welchem Dilemma sich die britische Europapolitik nach dem Ersten Weltkrieg befand. Denn die Politik der europäischen Kooperation, der wirtschaftlichen Stabilisierung und der allgemeinen Abrüstung verlangten einen politischen Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland, aber auch eine flexible Auslegung und Handhabung der Friedensbestimmungen. Da sich diese Politik mit den französischen Interessen nicht vereinbaren ließ, stieß sie auf den hartnäckigen Widerstand der französischen Regierung. Die Regierung in London konzentrierte infolgedessen ihre Kraft darauf, eine Harmonisierung zwischen den primär politisch bestimmten Zielen auf französischer Seite und den primär wirtschaftlich motivierten Zielen auf britischer Seite herbeizuführen, wobei sie nur eine relativ schmale machtpolitische Basis besaß, nachdem sie die Armee weitgehend demobilisiert und die in Europa stationierten Truppen auf ein Mindestmaß reduziert hatte. Frankreich war zur weitaus stärksten Militärmacht auf dem Kontinent geworden und übernahm automatisch die führende Rolle in der Kontrolle Deutschlands. Auch war Frankreich als einzige Großmacht in der Lage, britischen Interessen in anderen Teilen der Welt entgegenzutreten, etwa in der türkischen Frage und im arabischen Raum. Andererseits hatten beide Regierungen ein starkes Interesse an der Aufrechterhaltung der Entente und an einer gemeinsamen alliierten Politik gegenüber Deutschland, die verhindern sollte, daß die deutsche Regierung die britisch-französischen Differenzen ausnutzte, um die Verpflichtungen des Friedensvertrages abzuschütteln.¹⁵

Vor diesem Hintergrund muß die britisch-französische Kontroverse um die Zugehörigkeit Oberschlesiens gesehen werden.

Als Lloyd George während des letzten Stadiums der Friedenskonferenz im Rat

¹⁴ Mayer, *Peacemaking*, S. 517.

¹⁵ Pierre Renouvin, *Histoire des Relations Internationales*, Bd. 7, *Les Crises du XXe Siècle*, I, 1914–1929, S. 193 ff., 234 ff.; Wolfers, *Britain*, S. 12–26, 202–220; P. S. Wandrycz, *France and her Eastern Allies 1919–1925*, Minneapolis 1962, S. 22, 370, 388; Jordan, *Britain*, S. 1, 46; A. J. P. Taylor, *The Origins of the Second World War*, London 1963, S. 47, 60; René Albrecht-Carrié, *France, Europe and the Two World Wars*, Genf 1960, S. 10, 97, 104; J. Paul Selsam, *The Attempts to form an Anglo-French Alliance 1919–1924*, Philadelphia 1936, S. 22; James Headlam-Morley, *Studies in Diplomatic History*, London 1930, S. 148; J. R. M. Butler, *Lord Lothian*, London 1960, S. 77.

der Vier mit seiner Forderung durchdrang, ein Plebiszit über die Zukunft Oberschlesiens entscheiden zu lassen, zeigte sich die französische Regierung alarmiert. Sie hatte die sofortige Übergabe Oberschlesiens an Polen angestrebt. Dies geschah in der doppelten Absicht, die wirtschaftliche Basis des Reiches durch die Abtrennung seines zweitwichtigsten Industriereviere zu schmälern und den polnischen Staat auf eine solide wirtschaftliche Grundlage zu stellen¹⁶. Welche politische Rolle er dem so gestärkten polnischen Staat außerdem zudachte, erklärte Clemenceau Lloyd George auf der Londoner Konferenz vom Dezember 1919: „Our policy rather ought to be to fortify Poland in order to keep Russia in check and to contain Germany.“¹⁷ Der britische Premier brachte hingegen seine Skepsis gegenüber der inneren Stabilität des polnischen Staates mit seinen vielen Minderheiten zum Ausdruck und gab zu erkennen, daß die britische Regierung gerade aus diesem Grunde ein Engagement in Polen scheue¹⁸.

Aus dieser unterschiedlichen Haltung gegenüber Polen folgte auch eine voneinander abweichende Einstellung zum Oberschlesienproblem. Die französische Regierung wartete den Ausgang des Plebiszits im Jahre 1921 nicht untätig ab, sondern versuchte die Entscheidung mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in ihrem und im polnischen Interesse zu beeinflussen.

Das deutsch-polnische Tauziehen um Oberschlesien begann bereits im Juli 1919, als Streiks und Unruhen die Spannungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Bevölkerungsteil Oberschlesiens steigerten¹⁹. Die polnische Regierung versuchte daraufhin, die Alliierten zu einer vorzeitigen Besetzung des Abstimmungsgebietes zu drängen. Doch da dieses Gebiet erst nach Inkrafttreten des Friedensvertrages deutscher Souveränität entzogen werden durfte, konnte es auch nur mit Zustimmung der Reichsregierung durch alliierte Truppen besetzt werden. Die Alliierten bemühten sich um die Zustimmung der deutschen Regierung zu einer solchen Maßnahme. Die Reichsregierung sah sich aus innenpolitischen Erwägungen nicht in der Lage, ihre Einwilligung zu geben. Als Zeichen des Entgegenkommens erklärte sie sich aber bereit, der alliierten Kohlenkommission und Vertretern der interalliierten Militärkommission in Berlin die vorzeitige Einreise nach Oberschlesien zu gestatten. Um dieses Zugeständnis der Reichsregierung zu honorieren, warnen die Alliierten in einer auf Drängen des britischen Außenministers Balfour entstandenen Note die polnische Regierung davor, eine Intervention polnischer Truppen zuzulassen. Sie wiesen darauf hin, daß die deutsche Regierung noch das Recht und sogar die Pflicht habe, die Ruhe in Oberschlesien wiederherzustellen. Die in der

¹⁶ Wandycz, *France*, S. 22, 57, 59, 44; Northedge, *Giant*, S. 114; G. Schulz, *Revolutionen und Friedensschlüsse 1917–1920*, München 1967, S. 229; Jordan, *Britain*, S. 47; Sarah Wambough, *Plebiscites Since the World War*, Washington 1933, Bd. I, S. 213; Edouard Bonnefous, *Histoire Politique de la Troisième République*, Bd. III, 1919–1924, Paris 1959, S. 240.

¹⁷ *Documents on British Foreign Policy 1919–1939*, First Series (zit.: DBFP), II, No. 56.

¹⁸ DBFP II, No. 55.

¹⁹ DBFP VI, No. 40, 41, 42.

Note enthaltene alliierte Warnung an die polnische Adresse trug zur schnelleren Beruhigung der Lage in Oberschlesien bei²⁰.

Im Januar 1920 übernahmen alliierte Truppen und die interalliierte Plebiszitkommission die Kontrolle im Abstimmungsgebiet. Der Friedensvertrag hatte zwar die paritätische Beteiligung französischer, britischer, italienischer und amerikanischer Truppen an der Besetzung Oberschlesiens vorgesehen. Doch wegen des amerikanischen Rückzugs aus der europäischen Politik und infolge des in Großbritannien herrschenden Demobilisierungsdrucks sowie interner Unruhen um die Jahreswende 1919/20 sah sich die britische Regierung nicht in der Lage, Truppen für die Abstimmungsgebiete in Ostdeutschland freizumachen²¹. Die dadurch entstandenen Lücken wurden durch französische Truppen weitgehend aufgefüllt²². Bis zum März 1921, kurz vor dem Datum des Plebiszits, waren in Oberschlesien keine britischen Truppen stationiert. Infolgedessen fehlte hier das britische Gegengewicht gegen das Engagement Frankreichs²³.

Die Plebiszitkommission mit ihren verzweigten Kontrollabteilungen versuchte zwar das Prinzip der gemeinsamen alliierten Verantwortung zu wahren, aber eine gleichmäßige Beteiligung an den Kontrollfunktionen war auch auf zivilem Sektor nicht sichergestellt. Auch hier erlangten die französischen Vertreter ein Übergewicht, das nicht allein durch die Tatsache bedingt war, daß die Plebiszitkommission unter französischem Vorsitz stand, sondern auch dadurch, daß die britische und die italienische Regierung zögerten, eine größere Anzahl von Beamten zur Verfügung zu stellen und daß Frankreich auch noch die meisten der durch das Ausscheiden der USA freibleibenden Positionen übernahm²⁴. Der französischen Besatzungsmacht waren damit die besten Einflußmöglichkeiten sowohl auf administrativer als auch auf militärischer Ebene geboten. Sie nahm sie wahr, indem sie Schritt für Schritt die deutsche Verwaltung Oberschlesiens entmachtete und sogar bei der Reorganisation der Polizei und des Gerichtswesens die polnische Bevölkerung eindeutig bevorzugte²⁵.

Die britische Regierung hatte sich von einem fairen Plebiszit eine Entscheidung zugunsten Deutschlands versprochen. Doch wurde die Aussicht auf eine in ihrem Sinne faire und unangreifbare, nicht präjudizierte Volksabstimmung durch die offene Parteilichkeit der französischen Vertreter in Oberschlesien gefährdet. Im September 1920 traten vier britische Offiziere der Oberschlesienkommission demonstrativ zurück. Mit diesem Schritt wollten sie auf die Unfähigkeit der Kommission hinweisen, Unparteilichkeit im Plebiszitgebiet zu üben²⁶. Vorausgegangen war im

²⁰ DBFP VI, No. 39, Anm. 4; DBFP I, No. 39, 40, 43, 51 App. D Dok. 1, 36, 38; DBFP VI, No. 172; Lloyd George Papers (zit.: LGP) F 89/4/14.

²¹ DBFP I, No. 18, 31; DBFP II, No. 78; Wambough, *Plebiscites*, S. 219.

²² Wambough, ebenda.

²³ Wandycz, *France*, S. 213.

²⁴ Wambough, a. a. O., S. 221–223.

²⁵ Wambough, a. a. O., S. 225–239.

²⁶ Britische Kabinettsprotokolle (künftig zit. *Cab.*), 25/23/50.

August 1920 ein erster polnischer Aufstand, der nach einem Aufruf Korfantys an die polnische Bevölkerung, sich gegen deutsche Übergriffe zu verteidigen, ausgebrochen war. Die französischen Besatzungstruppen hatten nicht gegen die Polen eingegriffen²⁷.

Nach diesen Ereignissen forderte Lloyd George den französischen Ministerpräsidenten Leygues anlässlich eines Treffens Ende November 1920 dazu auf, den französischen Vorsitzenden der Oberschlesienkommission, General Le Rond, nachdrücklich daran zu erinnern, daß die Kommission bei der Volksabstimmung äußerste Unparteilichkeit zu bewahren habe. Lloyd George wiederholte bei dieser Gelegenheit die britische Auffassung, daß eine Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland zu einer beträchtlichen Einbuße an Reparationen für die Alliierten führen müsse²⁸. Lloyd George mochte hoffen, daß dieser Hinweis angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Krise, in der sich Frankreich Ende des Jahres 1920 befand, nicht ohne Rückwirkungen auf die französische Oberschlesienpolitik bleiben würde²⁹. Doch änderte sich an der französischen Haltung nichts, so daß sich am 30. Dezember 1920 sogar das britische Kabinett veranlaßt sah, über die allzu polenfreundliche Einstellung der Vertreter Frankreichs in der Oberschlesienkommission zu beraten. Anlaß war ihre Weigerung, auf britischen Antrag hin Korfanty auszuweisen, der trotz eines generellen Verbots offen für die polnischen Interessen in Oberschlesien agitierte³⁰. Wegen dieser polnischen, von Frankreich zumindest gedeckten Umtriebe sah die britische Regierung ihre Hoffnungen auf ein für Deutschland positives Ergebnis des Plebiszits gefährdet und wurde in ihrer Befürchtung bestärkt, daß Oberschlesien ein Krisenherd Europas bleiben könnte, falls eine faire Lösung verhindert würde³¹.

Je näher das Datum des Plebiszits heranrückte, desto aktiver wurde die britische Regierung. Im Januar 1921 veranlaßte sie die Botschafterkonferenz, sich mit dem Fall Korfanty zu befassen, und forderte erneut seine Ausweisung. Sie konnte sich jedoch nicht durchsetzen, da sich die Botschafterkonferenz bei ihrer Entscheidung auf einen Bericht der von Frankreich dominierten Oberschlesienkommission und auf eine zusätzliche Note von Le Rond stützte. In beiden Dokumenten wurde übereinstimmend festgestellt, die Fakten rechtfertigten eine Ausweisung Korfantys nicht³², obwohl an seiner illegalen Aktivität kein Zweifel mehr bestehen konnte³³.

In der Absicht, zu einem fairen Plebiszit beizutragen, beschloß die britische Regierung am 30. Dezember 1920, vier Bataillone in das Abstimmungsgebiet zu entsen-

²⁷ Wambough, *Plebiscites*, S. 236f.; Korfanty war Leiter des polnischen Plebiszitkommissariats und der polnischen Propaganda.

²⁸ Cab 25/25/70; DBFP VIII, No. 96.

²⁹ Bonnefous, *Troisième République III*, S. 191.

³⁰ Cab 25/25/80.

³¹ Bemerkungen Curzons und Waterlows vom 1. Januar 1921, FO 371/6886, S. 160, 176.

³² FO 371/6886, S. 163, 176, 198.

³³ Wambough, *Plebiscites*, S. 242, 262.

den³⁴. Damit zog sie die Konsequenz aus der Einsicht, daß der britischen Oberschlesienpolitik große Nachteile gegenüber der französischen erwachsen waren, weil sie sich während des Jahres 1920 in diesem Gebiet nicht militärisch engagiert hatte. Die Entscheidung wurde der Botschafterkonferenz Anfang Februar 1921 mitgeteilt und von Percival, dem Leiter der britischen Oberschlesiendelegation, besonders aber auch von der Reichsregierung begrüßt. Percival hatte bereits seine Befürchtungen über den Ausbruch von Unruhen nach London gemeldet, nachdem polnische Truppenverstärkungen entlang der polnisch-schlesischen Grenze beobachtet worden waren. Damit bestätigte er deutsche Berichte, denen zuvor im Foreign Office kein Glaube geschenkt worden war. In ihnen wurde die Vermutung geäußert, daß Polen versuchen könnte, das Plebiszit durch einen Aufstand zu vereiteln. Die britischen Truppen wurden Anfang März nach Oberschlesien entsandt und die Abstimmung fand am 20. März in einer Atmosphäre politischer Ruhe statt. Dieser Erfolg war der Präsenz britischer Truppen in Oberschlesien zu verdanken, wie die späteren Ereignisse bestätigten³⁵.

Vor Beginn des Plebiszits war noch zu regeln, wo und wann die Wahlberechtigten mit Wohnsitz außerhalb Oberschlesiens abstimmen sollten. Die Botschafterkonferenz hatte am 25. November 1920 beschlossen, diese Wählergruppe solle ihre Stimme im Besatzungsgebiet am Rhein abgeben, eine Regelung, die vor allem von Frankreich gewünscht wurde. Doch entschloß sich das Foreign Office, die Frage noch einmal vor der Botschafterkonferenz aufzurollen, als sich bei ihm die Zweifel an der Neutralität des französischen Verhaltens mehrten. Die Berliner Regierung lehnte eine separate Abstimmung ab und auch Percival empfahl eine gleichzeitige Abstimmung aller Wähler in Oberschlesien. Das Foreign Office wollte die Schwierigkeiten vermeiden, die vorauszusehen waren, wenn das Verhältnis der Stimmen der Einwohner erheblich durch vielleicht überwiegend für Deutschland abgegebene Stimmen der abstimmungsberechtigten Nichteinwohner relativiert würde. Da aber das Gewicht der Stimmen der Nichteinwohner bei einer separaten Abstimmung leicht festzustellen gewesen wäre, setzte sich das Foreign Office erfolgreich für eine gemeinsame Stimmabgabe aller Stimmberechtigten in Oberschlesien ein³⁶.

Der Ausgang der Abstimmung selbst blieb bis zuletzt ungewiß. Das Ergebnis wurde nach der Bekanntgabe am 20. März vom britischen Kabinett und vom Foreign Office lebhaft begrüßt. Die britische Regierung betrachtete den Ausgang des Plebiszits als Bestätigung der britischen Revisionsforderung auf der Friedenskonferenz. Sie gelangte zu der Ansicht, das Ergebnis rechtfertige die Entscheidung, das gesamte Gebiet Oberschlesiens bei Deutschland zu belassen. Außenminister Curzon wurde angewiesen, den britischen Botschafter in Paris, Lord Hardinge, und Percival in diesem Sinne vertraulich zu instruieren. Die britische Regierung rechnete dabei auf italienische Unterstützung. Da für Anfang Mai 1921 entscheidende Reparations-

³⁴ Cab 23/25/80.

³⁵ FO 371/5888, S. 3, 30, 151f., 98; FO 371/5889, S. 165.

³⁶ FO 371/5888, S. 46, 94; FO 371/586, S. 176, 178; FO 371/5889, S. 25ff.

verhandlungen mit Deutschland bevorstanden, drängte Curzon zudem auf die möglichst schnelle Fertigstellung eines einstimmigen Berichtes der Plebiszitkommission über den zukünftigen Verlauf der Grenzen³⁷. Auch nach Meinung der Reichsregierung war, da die Volksabstimmung in Oberschlesien für Deutschland positiv verlaufen war, Oberschlesien als wirtschaftliche Einheit zu betrachten und daher unteilbar³⁸.

Bereits auf der letzten Londoner Konferenz im März 1921 hatte die deutsche Regierung die Höhe ihrer Reparationsangebote von einer positiven Entscheidung in der Oberschlesienfrage abhängig gemacht. Lloyd George mußte eine solche Bedingung, die politisch-taktisch zwar unklug war, weil die französische Regierung darauf nie würde eingehen können, die aber ihre wirtschaftliche Berechtigung hatte, im Namen der Alliierten als nicht mit dem Versailler Vertrag vereinbar zurückweisen. In einem Gespräch am 7. März machte er aber Briand nachdrücklich darauf aufmerksam, wie widersprüchlich die alliierte Politik im Hinblick auf Oberschlesien sei, wenn sie sowohl auf hohe Reparationszahlungen als auch auf eine Abtrennung dieses wichtigen Industriegebietes abziele³⁹. Damit wies Lloyd George Briand auf die Alternativen hin, die der französischen Politik offenstanden. Sie könne entweder die für das französische Budget wichtigen Reparationszahlungen erhalten oder durch ihre Unterstützung der polnischen Ziele ihre eigenen Sicherheitsinteressen fördern⁴⁰.

Der britische Wunsch, Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland zu lassen, stieß sofort auf unüberwindlichen französischen Widerstand, so daß sich die britische Regierung notgedrungen auf den Kompromiß einer Teilung einrichtete. Die Plebiszitkommission erhielt den Auftrag, bis Ende April 1921 einen Vorschlag über die Grenzziehung vorzulegen. Es gelang ihr jedoch bis dahin nicht, sich auf eine gemeinsame Grenzlinie in Oberschlesien zu einigen. Le Rond schlug vor, die südlichen, eindeutig von einer polnischen Majorität bewohnten Kreise Pless und Rybnik zusammen mit dem entscheidenden Industriegebiet Polen zu übertragen. Er begründete seinen Plan damit, daß man die Städte des Industriegebietes nicht aus dem von einer polnischen Majorität bewohnten Gebiet herauslösen könne, auch wenn sie eine deutsche Majorität besäßen. Der italienische Vertreter de Marinis legte einen Kompromißvorschlag vor, der ebenfalls eine Teilung Oberschlesiens vorsah, bei der aber nur Pless und Rybnik an Polen, das Industriegebiet zusammen mit den nördlichen und westlichen Abstimmungsdistrikten an Deutschland fallen sollten. Die

³⁷ Wambough, *Plebiscites*, S. 247; Cab 25/24/14 vom 22. März 1921; Instruktionen Curzons, FO 371/5892, S. 48–51 (DBFP XVI, No. 1); 371/5891, S. 2. 16f.

³⁸ Ernst Laubach, *Die Politik der Kabinette Wirth, 1921–1922* (Historische Studien, Heft 402), Hamburg/Lübeck 1968, S. 20.

³⁹ Cab 29/91/ICP 168, S. 174, D. App. und ICP 176 vom 7. März 1921; FO 371/5895, S. 134; gemeinsamer Antrag Lloyd Georges und Briands an die Plebiszitkommission vom 24. April 1921, den Bericht bis zum 29. d.M. nach London zu senden in FO 371/5896, S. 201 (DBFP XVI, No. 23); Die Konferenzprotokolle für 1921 sind in DBFP XV veröffentlicht und unter der hier angegebenen ICP-Nummer zu finden.

⁴⁰ Bornefous, *Troisième République*, III, S. 242.

britische Regierung hielt diesen Vorschlag für fair und unterstützte ihn auch deshalb, weil sie durch eine gemeinsame Politik mit der italienischen Regierung die Chancen für eine Entscheidung zugunsten des Verbleibens des Industriegebietes bei Deutschland zu erhöhen hoffte. Aus den beiden Berichten, dem von Percival – de Marinis und dem von Le Rond kristallisierte sich deutlich als politischer Kern der Differenzen das Schicksal des Industriegebietes heraus⁴¹.

Obwohl sich das Foreign Office nach den ersten Auseinandersetzungen in der Plebiszitkommission mit dem Gedanken befreundete, daß sich die Alliierten auf eine Teilung Oberschlesiens würden einigen müssen, betrachtete es das Industriegebiet als wirtschaftliche Einheit und darum als unteilbar. Wegen der deutschen Majorität in den bevölkerungsreichen Industriezentren gehörte es nach britischer Auffassung eindeutig zu Deutschland⁴². Diese Kontroverse offenbart die grundlegenden Differenzen zwischen der britischen und der französischen Politik in Oberschlesien. Die Argumente, mit denen sie ausgetragen wurde, änderten sich bis zur Londoner Konferenz im August 1921 nicht wesentlich.

Auf Drängen General Wilsons waren die britischen Truppen im April 1921 aus Oberschlesien wieder abgezogen worden, weil wegen des drohenden Streiks dreier Gewerkschaften eine nationale Krise in Großbritannien befürchtet wurde⁴³. Diesen Umstand nutzten die Aufständischen aus, um ein *fait accompli* zu schaffen⁴⁴, als Gerüchte über den Inhalt des Berichtes von Percival und de Marinis auftauchten. In den ersten Maitagen 1921 trafen in London Berichte der britischen Vertreter in Oberschlesien über einen wohlorganisierten zweiten polnischen Aufstand unter Führung Korfantys ein, für den der Rückzug der britischen Truppen im April das Signal gewesen sei. Sie bezeichneten eine, wenn auch nur indirekte französische Beteiligung als naheliegend und eine Unterstützung des Aufstandes durch die polnische Regierung als erwiesen. Die Ablösung Le Ronds, dem die Verantwortung zugeschrieben wurde, erschien dem Foreign Office nun als unabdingbare Voraussetzung für eine faire Regelung der Oberschlesienfrage⁴⁵. Der Aufstand schuf eine neue Lage,

⁴¹ FO 371/5892, S.135, 137 (DBFP XVI, No. 6), 24f. (DBFP XVI, No.13) FO 371/5896, S.142 (DBFP XVI, No. 25).

⁴² Vgl. Memorandum Curzon für Botschafter Harvey vom 19. Mai 1921, FO 371/5902, S.123.

⁴³ C.E. Callwell, Field Marshall Sir Henry Wilson, Band II, London 1927, S. 283; FO 371/5892, S. 208 f. (DBFP XVI, No.11).

⁴⁴ Wambough, *Plebiscites*, S. 253.

⁴⁵ FO 371/5896, S.153, (DBFP XVI, No. 27); FO 5897, S.187, 25 (DBFP XVI, No. 31); Memorandum Waterlows über Oberschlesien vom 9. Mai in 5899, S.183ff.: „In this connection General Le Rond's personal responsibility in the outbreak, by his consistent support of Corfanty, cannot be ignored.“ und „The complicity, passive if not active, of the Polish Government is now quite clear.“ Wandycz, *France*, S. 213, schreibt in einer Anmerkung No.12: „As early as March 1920 the French inquired if in a case of emergency Polish divisions would support Le Rond in Upper Silesia.“ Diese Anfrage geschah gemäß Wandycz aus Furcht vor britischer Duldung deutscher Aktionen in Oberschlesien; diese Furcht hatte auch zum Abschluß der französisch-polnischen Allianz vom Februar 1921 beigetragen. Im Zusammenhang mit den britischen Dokumenten über den Oberschlesienkonflikt gewinnt das Zitat Wandyczs

in der Großbritannien als Garantiemacht des Friedensvertrages auf den Plan gerufen wurde.

Nachdem die Streikgefahr in England vorüber war, verlangte Percival, unterstützt vom Foreign Office, die sofortige Rücksendung der britischen Truppen. Er war überzeugt, daß Großbritannien durch seine militärische Präsenz ein weit größeres Gewicht bei der kommenden Entscheidung über Oberschlesien in die Waagschale werfen könnte. Gleichzeitig forderte das Foreign Office die französische Regierung nachdrücklich auf, Deutschland durch seine Politik nicht zu veranlassen, das am 11. Mai auslaufende Londoner Ultimatum im letzten Augenblick noch abzulehnen. Bis zur Londoner Konferenz vom Mai 1921 war die britische Regierung dem französischen Drängen zur Besetzung des Ruhrgebietes erfolgreich begegnet. Jetzt aber befürchtete sie, daß ihre Bemühungen noch vereitelt werden könnten, weil sich die deutsche Regierung aus innenpolitischen Gründen nicht in der Lage sehen könnte, das Ultimatum anzunehmen, solange die Alliierten in Oberschlesien einen glatten Bruch des Friedensvertrages durch Polen duldeten. Eine Ablehnung des Londoner Ultimatums mußte aber zu einer französischen Besetzung der Ruhr führen⁴⁶.

Noch vor dem Eintreffen des Londoner Ultimatums vom 5. Mai 1921 war die Regierung Fehrenbach in Berlin zurückgetreten. Bei den Verhandlungen der Parteien über die Bildung einer neuen Regierung und die Frage der Annahme oder Ablehnung des Ultimatums spielte der Aufstand in Oberschlesien und die Haltung der französischen Regierung eine entscheidende Rolle⁴⁷. Lehnte Deutschland das Ultimatum ab, so bestand die Gefahr, daß es gleichzeitig seine beiden großen Industriezentren verlor. Infolgedessen war ein verschärfter Konflikt mit der Entente vor allem in der Reparationsfrage zu erwarten. Diesen Gefahren wollte die Regierung Wirth durch Annahme des Ultimatums am 10. Mai begegnen. Durch diesen Schritt hoffte sie die britische Position gegenüber Frankreich zu stärken und sich der britischen Unterstützung in der schlesischen Frage zu versichern⁴⁸, zumal der britische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, während der Regierungskrise in Berlin zu verstehen geben durfte, daß Großbritannien die deutschen Interessen in Oberschlesien berücksichtigen werde und eine unparteiische Lösung anstrebe. Mit

ein gänzlich anderes Gewicht und weist darauf hin, daß Frankreich schon früh im Jahre 1920 Vorkehrungen für den Fall traf, daß das Plebiszit zu Ungunsten Polens ausfallen sollte.

⁴⁶ FO 371/5899, S. 45 f., 72, 108 f.; 118 (DBFP XVI, No. 55), Telegramm Hardinge's an Curzon vom 13. Mai, FO 371/5900, S. 243; Crowe zeigt sich als politischer Denker und taktisch kluger Verfechter der Idee einer raschen Entsendung britischer Truppen nach Oberschlesien. Obwohl sich Curzon schon dagegen ausgesprochen hatte, brachte Crowe diese Frage noch einmal, erfolgreich zur Sprache. „It is difficult to resist the impression that H.M.G. will remain powerless to make their voice heard so long as they fail to send troops“, S. 72; Nach seiner Ansicht hat eine Truppenentsendung einen zweiten Vorteil. Indem sie Deutschland vor Eingriffen zurückhält, entzieht sie Frankreich damit einen Vorwand zur Besetzung der Ruhr. Aber nur die Autorität des Premiers könne den Widerstand des War Office brechen, das bisher nicht zugestimmt hatte. FO 371/5900, S. 284; FO 371/5898, S. 121.

⁴⁷ Laubach, Wirth, S. 19 f.

⁴⁸ Laubach, Wirth, S. 21 f.

dieser Erklärung verfolgte die britische Regierung das Ziel, Deutschland zur Annahme des Ultimatums zu ermuntern⁴⁹.

Eine sofortige Besetzung der Ruhr drohte Briand aber auch für den Fall an, daß Deutschland zur Selbsthilfe greifen und deutsche Truppen nach Oberschlesien einschleusen sollte, was Fehrenbach angedeutet hatte. Die britische Regierung hatte Paris jedoch gewarnt, daß sie die deutsche Regierung nicht länger von Gegenmaßnahmen zurückhalten könne, sollte es weiterhin aktive Sympathie mit den Aufständischen zeigen. Lloyd George begab sich ins Unterhaus, um eine warnende Rede an die polnische und französische Adresse zu halten. In diesen Tagen erschien der Ausbruch eines polnisch-deutschen Krieges als konkrete Gefahr, sollte es den alliierten Truppen nicht gelingen, die Ruhe in Oberschlesien wiederherzustellen. Angesichts dieser Zuspitzung der Lage war die britische Regierung entschlossen, sich mit der französischen Regierung zu einem möglichst nahen Zeitpunkt am Verhandlungstisch des Supreme Council zu treffen⁵⁰. Die britische Regierung hielt es für aussichtslos, diesen machtpolitischen Interessenkonflikt durch untergeordnete Instanzen lösen zu wollen. Dennoch liefen auch in diesen Gremien die diplomatischen Verhandlungen fort.

Im Sommer 1921 waren die britisch-französischen Beziehungen infolge des gleichzeitigen Interessenkonflikts in der Reparations- und in der Sanktionspolitik sowie in der Oberschlesienfrage der härtesten Belastungsprobe vor dem französischen Ruhreinmarsch im Januar 1923 ausgesetzt. Hinzu traten noch schon seit Monaten schwelende Spannungen in der Nahostfrage⁵¹. Die Belastungsprobe mußte zeigen, ob das Bündnis die tiefgreifenden Divergenzen in der Europapolitik der beiden Länder noch würde überbrücken können, oder ob ein offener Bruch unvermeidlich war, obwohl er von keiner Seite gewünscht wurde. Briand war an der Aufrechterhaltung der Allianz zur Regelung der europäischen Fragen gelegen, auch wenn er mit seiner Oberschlesienpolitik der im Februar 1921 geschlossenen polnisch-französischen Allianz treu bleiben wollte⁵². Für Großbritannien stand in dieser Lage nichts weniger als die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in Europa auf dem Spiel, das zerstört wurde, wenn sich die französische Regierung mit ihrem Bestreben durchsetzte, Deutschland um seine beiden wichtigsten Industriezentren in Oberschlesien und an der Ruhr zu reduzieren.

Das erklärte Ziel der britischen Politik war, Deutschlands wirtschaftliches Potential nicht weiter als durch den Friedensvertrag schon geschehen, zu verringern, und aus diesem Grunde das oberschlesische Industriegebiet für die deutsche Wirtschaft zu retten. In den Augen der britischen Politiker bestand eine enge Beziehung zwischen der wirtschaftlichen Lage Europas und Deutschlands einerseits und der

⁴⁹ Viscount D'Abernon, Ein Botschafter der Zeitwende, Memoiren, Bd. I, Leipzig 1928, S. 190f.

⁵⁰ Cab 23/23/36 und 37 vom 10. Mai 1921, HoC, Debates, Bd. 141, S. 2382ff.; Laubach, Wirth, S. 21; FO 371/5899, S. 118f. (DBFP XVI, No. 55).

⁵¹ Northedge, Giant, S. 145f.; Schulz, Friedensschlüsse, S. 253.

⁵² Bonnefous, Troisième République III, S. 242.

Reparations- und Oberschlesienfrage andererseits. Sie waren der Überzeugung, daß eine Gesundung der europäischen Wirtschaft wesentlich von einer wirtschaftlich praktikablen Regelung der Reparationsfrage abhinge und daß das oberschlesische Industriepotential in deutschen Händen weitaus besser für dieses Ziel genutzt werden könne als in polnischen Händen⁵³. Großbritannien verlangte wie Frankreich die Durchführung des Friedensvertrages, war aber im Gegensatz zu diesem bereit, Deutschland zuzugestehen, die Vertragsbestimmungen auch zu seinen Gunsten ausulegen. Die britische Ausgleichspolitik diente in diesen Monaten dazu, die französische Regierung auf den Boden des Friedensvertrages zurückzuholen, den sie im Interesse einer falsch verstandenen Sicherheitspolitik zu verlassen drohte. Dahinter stand die Einsicht, daß die Alliierten Deutschland auf die Dauer nicht würden kontrollieren können. Infolgedessen könnten sie es sich auch nicht leisten, unter Umgehung des Versailler Vertrages unfaire Lösungen zu erzwingen, die von Deutschland in Zukunft nicht anerkannt würden. Die britische Regierung warnte davor, Deutschland zur Erfüllung von Bestimmungen zu zwingen, die von ihren alliierten Vertragspartnern schon gebrochen worden seien⁵⁴.

Unterdessen entfaltete das Foreign Office eine eifrige planende und diplomatische Tätigkeit⁵⁵. Es setzte sich für die Wiederherstellung der Ruhe in Oberschlesien ein und für die sofortige Entsendung wenigstens eines britischen Bataillons. Es drängte auf eine beschleunigte Entscheidung der Plebiszitkommission über den künftigen Grenzverlauf. Es bemühte sich um eine Zusammenkunft des Supreme Council und versuchte sich vor der Konferenz mit der italienischen Regierung auf eine gemeinsame politische Linie abzustimmen. Um seine eigene Position zu stärken, versuchte es schließlich noch, die USA in die politischen Verhandlungen einzuschalten. Deutschland mußte vor überstürzten Maßnahmen zurückgehalten werden, die der Regierung in Paris als Vorwand für die Besetzung der Ruhr hätten dienen können. Paris wurde gewarnt, daß es aus keinem anderen Grunde als dem einer deutschen Ablehnung des Ultimatums das Recht habe, das Ruhrgebiet zu besetzen. Doch die Annahme des Ultimatums durch die deutsche Regierung entschärfte die zugespitzte politische Lage schon bald⁵⁶.

⁵³ Vgl. Jordan, Britain, S. 47.

⁵⁴ D'Abernon, Botschafter, I, S. 208, berichtet über ein Gespräch mit Lloyd George über die Oberschlesienfrage, in dessen Verlauf auch die Frage einer britischen Sicherheitsgarantie an Frankreich wieder aufgeworfen wurde. FO 371/5900, S. 245; vgl. Memorandum Otley vom 25. Juli 1921 über die britisch-französischen Differenzen in der Oberschlesienfrage, FO 371/5917, S. 115 f. (DBFP XVI, No. 236). Darin führt er aus: „The French policy . . . is the retention of Germany in a position of thralldom. To this effect it is necessary,

- (1) To deprive her of her remaining sources of recuperative power, such as Silesia and the Ruhr Valley.
- (2) To strengthen and enrich Poland as a potential ally in the policy of repression.
- (3) To engender in Germany a truculent attitude which shall serve as an excuse for these measures.“

⁵⁵ FO 371/5900, S. 245 ff., S. 72 ff., Kommentare der Beamten des F. O.

⁵⁶ FO 371/5897, S. 187 f.; FO 371/5898, S. 121, 9 f.; 5900, S. 245 ff.

Weil die Plebiszitkommission nach dem Aufstand zunächst nicht mehr arbeitsfähig war, bemühte sich das Foreign Office seit Anfang Mai vergeblich, mit der französischen Regierung zu einem zweiseitigen Ausgleich über Oberschlesien zu gelangen. Seine Vorschläge gingen von der Annahme aus, daß die Regelung der rein politischen Streitfrage um den Verbleib des Industriegebietes noch längere Zeit in Anspruch nehmen würde, da sich für beide Lösungen Abstimmungsmajoritäten konstruieren ließen. Um die Möglichkeiten einer Manipulation dieser Art zu reduzieren schlug es vor, die eindeutig aufgrund des Plebiszits Polen bzw. Deutschland zuzusprechenden Gebiete Oberschlesiens sofort zu übergeben. Durch diese Maßnahme hoffte es, zur Entspannung der Lage in Oberschlesien beitragen zu können, indem es das rein politische Problem eindeutig auf das fest umgrenzte Industriegebiet beschränkte. Doch die französische Regierung lehnte diesen Vorschlag ab⁵⁷.

In Londoner Regierungskreisen kam dann eine Korridoridee für Oberschlesien ins Gespräch. Das Foreign Office wollte das Industriegebiet weiterhin ungeteilt bei Deutschland belassen, der französischen Regierung jedoch auf halbem Wege entgegenkommen, indem es die umliegenden ländlichen Gebiete Polen zuwies. Damit aber diese Regelung durchführbar wurde, mußte ein schmaler Korridor geschaffen werden, der das Industriegebiet mit Deutschland verband⁵⁸. Dieser Gedanke kehrte in Variationen auf der Pariser Konferenz vom August 1921 wieder.

Ab Mitte Mai 1921 mußte sich das Foreign Office darauf einstellen, daß weder Briand noch Lloyd George zu Zugeständnissen in der Frage des umstrittenen Industriegebietes bereit waren⁵⁹. In dieser Situation bemühte es sich um die diplomatische Unterstützung der USA für den britischen Standpunkt. Da die Ruhe in Oberschlesien zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder hergestellt worden war, wurde die amerikanische Regierung, die seit der Londoner Maikonferenz wieder Beobachter in einige der Kontrollkommissionen entsandt hatte, gebeten, ihren Einfluß geltend zu machen, um die französische Regierung von einem Ruhrabenteuer zurückzuhalten und die polnische Regierung vor weiteren Aktionen in Oberschlesien zu warnen⁶⁰.

In einem umfangreichen Memorandum für den amerikanischen Botschafter in London legte Curzon die gegensätzlichen Positionen der französischen und der bri-

⁵⁷ FO 371/5897, S. 39f. (DBFP XVI, No. 36); 5898, S. 121, 9f.

⁵⁸ Memorandum Waterlows vom 4. Mai über die Vorschläge der Plebiszitkommission und Kommentare der Beamten des Foreign Office, FO 371/5899, S. 11 ff.; eine Darstellung über den Verlauf des Aufstandes findet sich bei Wambough, Plebiscites, S. 253 ff.; die Politik der Regierung Wirth in der Oberschlesienfrage wird dargestellt bei Laubach, Wirth, S. 50 ff.

⁵⁹ FO 371/5899, S. 118 (DBFP XVI, No. 55); FO 371/5902, S. 212 (DBFP XVI, No. 66).

⁶⁰ Kommentare Waterlows, Crowes, Curzons, FO 371/5900, S. 245 ff. Waterlow: „On the one hand, it is a cardinal point of French policy that under no circumstances is the main industrial area to be given to Germany.“ Es ist unwahrscheinlich, daß Briand diesen Punkt aufgibt „for M Briand cannot, if he would: if he does, he must fall, especially after his disappointments on the Rhine“. „On the other hand . . . the economic importance of giving the industrial area to Germany, should the treaty allow it, appears to be among the ideas that are ineradicably fixed in the mind of the Prime Minister.“

tischen Politik dar. Er zeigte, welche Manipulationen sich die französische Regierung bediente, um das Industriegebiet Polen zuzuweisen, und bezeichnete den britischen Vorschlag, es nicht von Deutschland abzutrennen, als die bei weitem fairste Lösung. Curzon betonte, daß sich Paris und London darin einig seien, daß das Industriegebiet unteilbar sei. Die französische Regierung bestehe jedoch darauf, daß nach dem Gemeindeprinzip entschieden werde, während die britische Regierung sowohl die Größe der Gemeinden, das Verhältnis von Majorität und Minorität im gesamten umstrittenen Gebiet als auch wirtschaftliche und geographische Faktoren als Kriterien der Entscheidung weit stärker heranziehen wolle⁶¹.

Um den toten Punkt in den Verhandlungen über Oberschlesien zu überwinden, ergriff das Foreign Office die Initiative zur Einberufung eines Treffens des Supreme Council, auf dem die Entscheidung über die Aufteilung des Plebiszitgebietes gefällt werden sollte. In der Absicht, der britischen Regierung eine gute Ausgangsposition zu verschaffen, bemühte sich das Foreign Office, die italienische Regierung vor dem Treffen definitiv auf die britische Seite zu ziehen. Der japanische Vertreter, so hoffte es, würde wie üblich mit der Majorität stimmen. Die belgische Regierung hatte den Wunsch geäußert, ebenfalls hinzugezogen zu werden. Doch das Foreign Office lehnte ihre Beteiligung deshalb ab, weil sie voraussichtlich mit Frankreich stimmen würde. Die Ablehnung konnte damit begründet werden, daß Belgien an einer Entscheidung in der Oberschlesienfrage nicht beteiligt sei und infolgedessen zu ihrer Beratung im Supreme Council nicht hinzugezogen zu werden brauchte. Aber an die USA ging eine Einladung hinaus⁶².

Während das Foreign Office die Wege für eine Regelung der Oberschlesienfrage zu ebnen bemüht war, fand gleichzeitig ein Notenwechsel zwischen den Regierungschefs Frankreichs und Englands statt. Briand wies frühere britische Vorwürfe, daß seine Regierung den Aufstand zumindest passiv unterstützt habe, zurück, und versuchte Deutschland zu belasten. Lloyd George antwortete mit dem Hinweis, daß der Aufstand sorgfältig vorbereitet gewesen sei. Die französischen Truppen hätten keine Anstalten gemacht, ihn zu unterdrücken. Aus diesem Grunde sei die Bildung eines deutschen Selbstschutzes gerechtfertigt⁶³. Das britische Kabinett beschloß schließlich, Ende Mai 1921, britische Truppen nach Oberschlesien zurückzusenden⁶⁴. Sie sollten nicht nur zur Beruhigung der Lage beitragen, sondern auch bei der gewünschten Entscheidung im Supreme Council als Machtfaktor ins Gewicht fallen. Aber die britischen Vorschläge zur Einberufung des Supreme Council wurden von Paris mit Gegenvorschlägen beantwortet, die eine unverhohlene Verzögerungstaktik darstellten. Sie sahen die Einsetzung einer neuen interalliierten zivilen Kommission vor, die die Vorschläge der Plebiszitkommission zunächst einmal in Paris beraten

⁶¹ Memorandum Curzons für Botschafter Harvey vom 19. Mai 1921, FO 371/5902, S. 123.

⁶² FO 371/5900, S. 230f. (DBFP XVI, No. 71), 234, 236 (DBFP XVI, No. 79); FO 371/5901, S. 108, 111, 116.

⁶³ FO 371/5902, S. 161 (DBFP XVI, No. 93), Memorandum Curzons an Briand vom 20. Mai auf Memorandum Briands an Lloyd George vom 14. Mai, S. 212 (DBFP XVI, No. 66).

⁶⁴ Cab 23/25/40.

sollte. Das Treffen des Supreme Council sollte bis zur Beruhigung der Lage in Oberschlesien verschoben werden. Lediglich in dem einen Punkte, daß die Aufstände in Oberschlesien möglichst schnell beendet werden sollten, waren sich die beiden Regierungen einig⁶⁵.

Der französische Vorschlag einer neuen Expertenkommission wurde im britischen Kabinett abgelehnt, weil er keine Ergebnisse versprach. Diese würden im Gegenteil noch hinausgezögert, solange die politische Entscheidung in der Oberschlesienfrage nicht auf Regierungsebene vorbereitet würde. Die britische Regierung erkannte jedoch, daß es Briand kaum würde wagen können, in dem gegenwärtigen politischen Klima Frankreichs vor der Vertagung der Kammer das heißumstrittene Thema Oberschlesien auf einer alliierten Konferenz zu beraten. Daher wurde im Kabinett bereits am 25. Mai der Gedanke in die Debatte geworfen, die Frage einem Schiedsgericht zu überweisen, sollte sich eine politische Entscheidung durch das Supreme Council als undurchführbar erweisen. Auf der Suche nach Möglichkeiten eines Kompromisses mit Frankreich begann man sich im Foreign Office jetzt sogar zu fragen, ob das Industriegebiet nicht vielleicht doch teilbar sei⁶⁶.

Diese interne britische Diskussion zeigt, wie wenig die britische Regierung an einer Gefährdung der Allianz mit Frankreich interessiert war. Sie versprach sich einen in ihrem Sinne positiven Ausgang der Streitfrage entweder durch eine Entscheidung des Supreme Council oder durch ein Schiedsverfahren, solange dabei die Bestimmungen des Versailler Vertrages respektiert würden. Deshalb bemühte sie sich, sowohl Frankreich und Polen als auch Deutschland von weiteren Aktionen in Oberschlesien zurückzuhalten. Im Rahmen dieser Politik richtete das Foreign Office eine Warnung an Briand, sich der Gefahr eines Bruches der Allianz bewußt zu sein, sollte Paris die Lage in Oberschlesien als Vorwand zur Ruhrbesetzung ausnutzen⁶⁷. Ende Mai beschlossen Lloyd George und Curzon, frühere Vorschläge Briands zur Verbesserung des Verhandlungsklimas zu nutzen. Sie erklärten sich mit der Einsetzung einer Expertenkommission durchaus einverstanden, unter der Bedingung, daß sie durch das Supreme Council sanktioniert würde und die Sachlage nicht in Paris, sondern an Ort und Stelle studierte⁶⁸.

Nach dem polnischen Aufstand hatte sich auch die deutsche Bevölkerung nicht untätig verhalten. Sogar die Plebiszitkommission hatte Schritte zur Aufstellung einer deutschen Gendarmerie unternommen. Neben von den Briten gebilligten örtlichen Selbstschutzverbänden tauchten jedoch auch irreguläre deutsche Truppen in Oberschlesien auf, deren Anwesenheit die französische Regierung als Vorwand zum Ruhr-einmarsch zu benutzen suchte⁶⁹. Das Foreign Office äußerte sich befriedigt über die

⁶⁵ Cab 23/25/42; FO 371/5904, S. 81 f.; 5905, S. 42, 198; 5906, S. 174 (DBFP XVI, No. 139).

⁶⁶ Cab 23/25/42; FO 371/5904, S. 83.

⁶⁷ FO 371/5906, S. 122 (DBFP XVI, No. 125) ... Eine Ruhrbesetzung „must indeed shake the Entente to its foundations“.

⁶⁸ FO 371/5906, S. 211 f. (DBFP XVI, No. 136); 5906, S. 174 (DBFP XVI, No. 139).

⁶⁹ Vgl. hierzu v. Rabenau, Seeckt, Leipzig 1940, S. 298 ff.; Harold J. Gordon, Die Reichswehr 1919–1926, Frankfurt 1959, S. 224 ff.; Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln 1964, S. 170.

gute Zusammenarbeit der deutschen Selbstschutzverbände unter General Höfer mit der Plebiszitkommission. Sie halfen bei der Wiederherstellung der Ruhe in Oberschlesien und unterschieden sich daher gänzlich von den polnischen Aufständischen. Die Erfolge der deutschen Truppen waren bald so groß, daß London, dem es nicht unlieb gewesen wäre, wenn sie die Aufständischen aus dem ganzen Industriegebiet vertrieben hätten, mit Rücksicht auf Paris in Berlin erfolgreich seinen Einfluß aufbieten mußte, um den Vormarsch zu stoppen. Während die britisch-deutsche militärische Zusammenarbeit in Oberschlesien unter der Plebiszitkommission gut funktionierte, sahen sich die Briten angesichts der Inaktivität der französischen Truppen gezwungen, ihre eigenen Truppen dem französischen Oberbefehl zu entziehen. Das geschah schließlich am 15. Juni 1921⁷⁰. Die französische Regierung fühlte sich in der Oberschlesienfrage offensichtlich mehr an die Allianz mit Polen als an die mit England und kaum noch an die Bestimmungen des Friedensvertrages gebunden.

Die Einstellung des deutschen Vormarsches geschah im Rahmen eines von der Plebiszitkommission ausgearbeiteten Stufenplanes, demzufolge deutsche und polnische Truppen sukzessive hinter die jeweiligen Landesgrenzen zurückgezogen werden sollten, und statt dessen alliierte Truppen den Schutz der Bevölkerung garantierten. Das Foreign Office befürchtete ein Mißlingen dieses Planes, an den sich weder Le Rond noch Korfanty halten würden. Dennoch legte Sir Harold Stuart, der Percival Anfang Juni in der Plebiszitkommission abgelöst hatte, Deutschland die Annahme nahe. Nach weiteren zähen Verhandlungen zwischen den Parteien unterzeichneten Polen und Deutsche am 26. Juni ein Übereinkommen über einen beiderseitigen Rückzug, der bis zum 5. Juli beendet sein sollte⁷¹. Nach Zwischenberichten, in denen es hieß, daß Le Rond für die Polen aus der Übereinkunft noch Vorteile herauszuschlagen versuche und wiederholtem britischen Druck auf Frankreich, das Abkommen einzuhalten, meldete Stuart den am 5. Juli vollzogenen Rückzug der polnischen und deutschen Truppen⁷². Daraufhin drängte der Chef des britischen Generalstabes auf einen sofortigen Abzug der britischen Truppen aus Oberschlesien, weil die Autorität der Oberschlesienkommission wiederhergestellt sei. Doch das Foreign Office hielt es nach den Erfahrungen der letzten Monate für klüger, sie weiterhin bis nach der Entscheidung über die Grenzziehung in Oberschlesien zu stationieren, um Polen nicht wieder ein Faustpfand zu überlassen⁷³.

Die Entsendung britischer Truppen und das Eingreifen deutscher Truppen, die mit der Plebiszitkommission zusammenarbeiteten, hatten entscheidend dazu beigetragen, die Ruhe in Oberschlesien wiederherzustellen. Die britische Regierung

⁷⁰ FO 371/5908, S. 190; 5909, S. 14; 5911, S. 32, 71; 5910, S. 126, 145, 31 f. (DBFP XVI, No. 173); Cab 23/25/37 und 40; vgl. Laubach, Wirth, S. 50 ff.; Wambough, Plebiscites, S. 255 f.

⁷¹ FO 371/5910, S. 161 f.; FO 371/5911, S. 71 f., 111; 5912, S. 262 (DBFP XVI, No. 198).

⁷² Bericht Curzons über sein Gespräch mit Briand vom 19. Juni, FO 371/5912, S. 114 f.; 5913, S. 102 ff.; 5915, S. 178 (DBFP XVI, No. 214).

⁷³ General Wilson wollte über ausreichende Truppen im Falle der Verschärfung des Konfliktes mit Irland verfügen; Callwell, Wilson, S. 291; FO 371/5913, S. 31 f. (DBFP XVI, No. 214).

hatte sich darum bemüht, die deutschen Freikorps im Oberschlesienkonflikt unter Kontrolle zu behalten und gleichzeitig die polnischen Aufständischen wieder aus dem Aufstandsgebiet herauszudrängen. Dadurch sollte der Weg zu einer allgemeinen Übereinkunft der Alliierten über Oberschlesien geebnet werden. Darum lief parallel zu der militärischen Initiative Englands eine politische, mit dem Ziel, Briand für eine Einberufung des Supreme Council mindestens noch im Juli und für die Entfernung Le Ronds aus der Oberschlesienkommission zu gewinnen. Nachdem Großbritannien mit Stuart einen Zivilisten an die Spitze seiner Delegation in der Plebiszitkommission gestellt hatte, konnte es Frankreich darauf hinweisen, daß Le Rond als General zur Entscheidung von Grenzfragen nicht geeignet sei⁷⁴.

Curzon entschloß sich, am 19. Juni persönlich mit Briand in Paris über diese Probleme zu sprechen, da die Verzögerungstaktik Frankreichs allzu offensichtlich und ein Hinausschieben der Entscheidung zu gefährlich schien⁷⁵. Die Gespräche Curzons mit Briand verliefen erfolglos, denn Briand weigerte sich endgültig, Le Rond zu ersetzen, weil er das als einen untragbaren Prestigeverlust für Frankreich betrachtete. Auch über den britischen Alternativvorschlag, eine Expertenkommission auf ziviler Grundlage einzusetzen – ein weiterer Versuch, Le Rond loszuwerden – gelangte man zu keiner Einigung. Die Diskussion mündete dann in die seit Anfang Mai umstrittene Frage nach der polnisch-französischen oder deutschen Verantwortung für den Ausbruch der oberschlesischen Unruhen, die ebenfalls ergebnislos blieb. Briand drängte darauf, an die deutsche Regierung eine alliierte Note über das Verhalten der Selbstschutzverbände in Oberschlesien zu entsenden, doch erklärte sich Curzon wegen andersgearteter Informationen nicht in der Lage, sich einem solchen Schritt anzuschließen⁷⁶.

In den Verhandlungen gelang es Curzon zwar, Briand die prinzipielle Zusage zur Einberufung des Supreme Council für einen Zeitpunkt nach dem 10. Juli abzurufen, doch ließ sich Briand nicht auf einen bestimmten Termin festlegen. Curzon schnitt dann die Frage der Aufhebung der Märzsanctionen an. Die britische Regierung stand auf dem Standpunkt, daß die Sanctionen vom März 1921, die Besetzung dreier Städte auf dem rechten Rheinufer und die Errichtung einer Zollgrenze im Rheinland, mit der Annahme des Londoner Ultimatums ihre Berechtigung verloren hätten. Die deutsche Regierung drängte auf ihre Aufhebung, damit sie der Annahme des Ultimatums einen außenpolitischen Erfolg gegenüberstellen konnte; aber die französische Regierung widersetzte sich, weil eine Aufhebung der Märzsanctionen sie ihrer Pfänder gegen Deutschland beraubt hätte⁷⁷. Die britische Regierung bemühte sich um ihre Aufhebung, um der deutschen Regierung ihre Anerkennung für ihr zurückhaltendes und besonnenes Verhalten während der Krise

⁷⁴ FO 371/5908, S. 192; 5912, S. 114f.

⁷⁵ LGP F 13/2/32, Lloyd George an Curzon, 16. Juni 1921.

⁷⁶ DBFP XV, No. 89, 90, Gespräche Briand-Curzon in Paris.

⁷⁷ DBFP XV, No. 89, 90; Laubach, Wirth, S. 46 ff.; Bonnefous, *Troisième République*, III, S. 259; Cab 23/26/51, Kabinettsbericht Curzons, 21. Juni.

um Oberschlesien zu bezeugen; aber sie stieß mit ihrer Absicht auf den heftigsten Widerstand Briands⁷⁸.

Die Gespräche in Paris machten dem britischen Außenminister klar, daß Frankreich entschlossen war, in der Oberschlesienfrage seinen harten Kurs fortzusetzen. So stand die britische Regierung jetzt vor der Alternative, bei der Suche nach einer in ihrem Sinne fairen Lösung eine Auseinandersetzung mit Paris zu wagen, die auch zum Bruch der Allianz führen konnte, oder neue Kompromißmöglichkeiten zu erkunden. Deshalb empfahl Curzon in seinem Bericht vom 20. Juni an das Foreign Office, die Frage zu prüfen, ob eine Teilung des Industriegebietes einer offenen Auseinandersetzung mit Frankreich vorzuziehen sei⁷⁹. Das Foreign Office begann also intern schon an Alternativlösungen zu denken, als die britische Regierung offiziell noch eine Teilung des Industriegebietes ablehnte. Die enge Zusammenarbeit zwischen Premierminister und Foreign Office in der Oberschlesienfrage ist bemerkenswert. Sie kennzeichnet die politische und wirtschaftliche Bedeutung, die die britische Regierung dem Ausgang dieser Krise beimaß. Botschafter Hardinge machte Lloyd George in einem Bericht vom 22. Juni aus Paris noch einmal auf die bekannten Motive der französischen Oberschlesienpolitik aufmerksam, die in der französischen Sicherheitskonzeption zu finden seien. Frankreich betrachte die Regelung in Oberschlesien aus diesem Grunde auch nicht vom Standpunkt des Rechtes oder der Gerechtigkeit, sondern als eine rein politische Frage. Konstantes Ziel der französischen Politik der Schwächung Deutschlands sei die Ruhrbesetzung. Im Grunde aber suche Frankreich nach der Stütze durch einen starken Alliierten. Da Hardinge glaubte, die sichere Bindung an eine starke Allianz werde Paris der Notwendigkeit massiver Maßnahmen gegenüber Deutschland entheben, riet er der britischen Regierung, den 1920 nicht in Kraft getretenen Garantievertrag mit Frankreich auch ohne die Beteiligung der USA zu ratifizieren⁸⁰.

Mit Hardinges Analyse mehrten sich im Sommer 1921, zur Zeit der scharfen britisch-französischen Auseinandersetzungen über ihre gemeinsame Europa- und Deutschlandpolitik, in britischen Regierungskreisen die Stimmen, die für den Abschluß einer Sicherheitsgarantie mit Frankreich plädierten. Dahinter stand die Absicht, Paris durch eine feste Bindung an die Allianz politisch zu zügeln.

Im Juli wurde das diplomatische Tauziehen um den Zusammentritt des Supreme Council fortgesetzt. Briand versuchte, das inzwischen auf den 24. Juli gelegte Treffen kurzfristig bis in den Herbst zu verschieben, zugleich aber weitere französische Truppen zur Verstärkung nach Oberschlesien zu entsenden. Diesem Entschluß, der noch nicht vom Supreme Council gebilligt worden war, widersetzte sich die britische Regierung energisch⁸¹. Da alle anderen Staaten, sogar Polen, auf eine schnelle

⁷⁸ DBFP XV, No. 90; FO 371/5912, S. 114f., Bericht über Curzons Gespräche mit Briand.

⁷⁹ FO 371/5912, S. 114f.

⁸⁰ LGP F 53/1/63; vgl. FO 371/5912, S. 114f.

⁸¹ FO 371/5916, S. 154f.; S. 270 bemerkt Crowe, die französische Verzögerungstaktik sei „only too well calculated to provoke a renewal of disturbances which would inevitably be made the pretext for action in the Ruhr“; 5917, S. 91 ff., 95 (DBFP XVI, No. 238 u. 239).

Regelung drängten, vermutete das Foreign Office verborgene Motive hinter dem französischen Vorschlag. Zur Vermeidung französischer Truppenentsendungen, von denen es nur provokatorische Aktionen erwartete, erwog das Foreign Office zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts sogar weitere britische Truppen in Oberschlesien zu stationieren⁸².

Um weiteren Truppenentsendungen überhaupt die Begründung zu entziehen, griff das Foreign Office einen früheren Vorschlag wieder auf. Es regte an, die aufgrund des Plebiszits eindeutig Deutschland und Polen zufallenden Gebiete sofort zu übergeben. Auf diesen diplomatischen Schachzug aus London antwortete die französische Regierung mit der überraschenden Zustimmung zu einer Sitzung des Supreme Council am 4. August, allerdings unter der Bedingung, daß die britische Regierung ihren Einspruch gegen eine französische Truppenentsendung aufgeben. Paris hatte inzwischen, ohne vorherige Unterrichtung der Alliierten, an die deutsche Regierung ein Durchmarschersuchen durch deutsches Territorium gerichtet. Berlin hatte aber seine Zustimmung dazu verweigert mit der von der britischen Regierung anerkannten Begründung, eine solche Aufforderung müsse im Namen aller drei Alliierten ergehen. Aber in der Absicht, der französischen Regierung entgegenzukommen, erklärte sich Curzon zu dem Kompromiß bereit, in Berlin die Aufgabe des Einspruchs zu erwirken, wenn Frankreich auf die Entsendung von Truppen verzichte und einem Treffen des Supreme Council endgültig zustimme. Curzon schloß sein Angebot an die Pariser Regierung mit der nachdrücklichen Drohung, daß es zu einem Bruch des Bündnisses mit England führen würde, sollte Frankreich das Einlenken Deutschlands zu seinem Vorteil ausnutzen. Daraufhin setzte die französische Regierung das Treffen der Alliierten für den 8. August fest. Im Botschafterrat lehnte sie erneut den britischen Vorschlag ab, die eindeutigen Plebiszitgebiete an die beiden Länder zu übergeben, obwohl sich auch die italienische Regierung dafür ausgesprochen hatte⁸³.

Bevor die französische Regierung einem Treffen des Supreme Council zustimmte, schien die britisch-französische Allianz noch einmal einem Bruch zuzutreiben. Paris hatte die britische Regierung vor den Folgen gewarnt, sollte sie ihren Standpunkt in der Oberschlesienfrage aufrechterhalten. Den Tenor dieser Note interpretierte das Kabinett als Ausdruck der französischen Absicht, in Zukunft eine von Großbritannien unabhängige Politik treiben zu wollen. Im Zusammenhang damit versuchte die französische Regierung noch einmal ultimativ die Einwilligung der Berliner Regierung zum Durchmarsch französischer Truppen zu erzwingen. Doch sie traf auf eine feste Haltung Berlins. Das britische Kabinett sah hinter diesem französischen Schritt wieder die Gefahr einer isolierten französischen Besetzung der Ruhr auftauchen und erhob scharfen Protest. Die Imperial Conference, die gerade in London tagte, wurde über die schwerwiegenden britisch-französischen Differenzen informiert. Das Kabinett beriet jedoch keine Maßnahmen für den Fall eines Bruchs

⁸² FO 371/5917, S. 134, 163 f.; FO 371/5916, S. 254 f.

⁸³ FO 371/5917, S. 163 f.; 5918, S. 58 (DBFP XVI, No. 247), 88, 1, 15, 17 f.; FO 371/5919, S. 197 (DBFP XVI, No. 265).

mit Frankreich⁸⁴. Bis zum 1. August setzte Briand seinen Standpunkt so weit durch, daß das Foreign Office sich einer gemeinsamen alliierten Bitte um eine Erleichterung des Durchmarsches alliierter Truppen nach Oberschlesien anschloß. Damit wurde das Prestige Frankreichs gegenüber Deutschland gewahrt. Der britischen Regierung aber war es gelungen, die Gültigkeit des Prinzips gemeinsamen alliierten Vorgehens aufrecht zu erhalten. Wenn Paris sich daran hielt, hing jede weitere Truppenentsendung von der Zustimmung der britischen Regierung ab⁸⁵.

In der Taktik, mit der die französische Regierung einem Treffen des Supreme Council zur Entscheidung der Oberschlesienfrage auszuweichen suchte, sah das Foreign Office das Bewußtsein der Schwäche des französischen Standpunktes. Es war der Überzeugung, daß die Pariser Regierung fürchte, angesichts der Bestimmungen des Versailler Vertrages ihre Absicht, das gesamte obereschlesische Industriegebiet Polen zuzusprechen, nicht durchsetzen zu können. Da aber Frankreich das Industriegebiet aus Sicherheitsgründen nicht Deutschland zukommen lassen wollte, sei es nach Ansicht des Foreign Office die Aufgabe der britischen Politik, die französischen Befürchtungen zu zerstreuen. Dazu diente das auch auf der Konferenz von Lloyd George vorgebrachte Argument, die Kohlenvorkommen, die jetzt bei einer fairen Regelung bei Deutschland blieben, wären in 50 Jahren erschöpft, die Bestände auf polnischer Seite hingegen noch in Jahrhunderten fündig⁸⁶.

Frankreich zeigte sich aber nicht nur aus Sicherheitserwägungen, sondern auch aus fiskalischen und kommerziellen Gründen am obereschlesischen Industriegebiet interessiert. In einem polnisch-französischen Wirtschaftsabkommen vom August 1921 wurde bereits die französische Kapitalbeteiligung in der obereschlesischen Industrie geregelt⁸⁷.

Angesichts dieser Sachlage war es kaum noch wahrscheinlich, daß sich Frankreich und England zu einer im britischen Sinne fairen Lösung auf der Konferenz des Supreme Council würden zusammenfinden können, denn beide Seiten waren zu sehr festgelegt. Die Konferenz des Supreme Council begann tatsächlich am 8. August in Paris. Der amerikanische Botschafter in Paris war als Beobachter anwesend. Da die Experten der Oberschlesienkommission trotz weiterer Verhandlungen bis dahin zu keiner Einigung gelangt waren, trugen der französische und der britische Rechts-

⁸⁴ Cab 23/26/64, App. III und IV; vgl. Laubach, Wirth, S. 58 f.

⁸⁵ FO 371/5920, ohne Seite (DBFP XVI, No. 286).

⁸⁶ Vgl. Memorandum Ottley über die französische Haltung zur Oberschlesienfrage vom 26. Juli 1921 in FO 371/5919, S. 155 f.

⁸⁷ Wandycz, France, S. 222, 227 ff.; FO 371/5923, S. 258 (DBFP XVI, No. 295); noch vor dem Abschluß der Allianz mit Frankreich hatte Warschau beschlossen, die obereschlesische Industrie für die französische Finanz und den französischen Handel attraktiver zu gestalten, um sich damit die französische Unterstützung für eine Polen gegenüber positive Entscheidung in der Oberschlesienfrage zu sichern. Daß diese Politik Früchte getragen hatte, zeigte die Tatsache, daß gerade zum Zeitpunkt der Konferenz in Paris im August in Warschau ein polnisch-französisches Abkommen über die Beteiligung französischer Kapitalien zur Ausbeutung der Staatsbergwerke abgeschlossen wurde, die bei einer Oberschlesienentscheidung an Polen fallen sollten.

berater, Formageot und Hurst, die beiderseitigen Standpunkte vor. Dabei betonte Formageot, da die Abstimmung keine eindeutige Majorität erbracht habe, könne Oberschlesien nicht en bloc Polen oder Deutschland übergeben werden, sondern müsse geteilt werden. Bei einer Teilung müsse das Prinzip der Zuteilung nach Stimmajoritäten in den betroffenen Gemeinden Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen haben. Überdies sollte vermieden werden, ethnologische Enklaven zu schaffen⁸⁸.

Cecil Hurst erklärte sich mit den juristischen Argumenten Formageots einverstanden. Er wies jedoch auf das Problem hin, daß das überwiegend deutsch besiedelte oberschlesische Industriegebiet am äußersten Zipfel des Abstimmungsgebietes liege. Hier sei die Bevölkerung viel dichter als in den umliegenden ländlichen Gebieten. Die oberschlesische Industrie sei von Deutschen entwickelt und aufgebaut worden. Wenn die Entscheidung nun in Übereinstimmung mit dem Versailler Vertrag erfolgen solle, ergebe sich, daß die Industrieenklave an Deutschland gehen müsse. Daraus aber folge, daß auch Teile überwiegend polnisch besiedelten ländlichen Gebietes mit dem deutschen Zentrum Deutschland zugesprochen werden müssen, um so das verbindende territoriale Glied herzustellen. Hier wurde also die Korridoridee des Foreign Office als Kompromißvorschlag wieder aufgenommen, um das Industriegebiet für Deutschland zu retten. Nach dem Vorschlag Hursts enthielt das Gebiet, das an Deutschland gehen sollte, eine polnische Minorität von 1 zu 3 der Gesamtbevölkerung. Eine Teilung des Industriegebietes lehnte er ab, da es eine Städteballung darstelle, die nur als industrielle Einheit behandelt werden könne. Er hielt den britischen Vorschlag für gerechter, weil er in dem jeweils Polen bzw. Deutschland zugedachten Teil weniger große Minoritäten schaffe, als die französischen Vorschläge.

Frankreichs Vertreter verteidigten ihren Teilungsvorschlag, der das Industriegebiet Polen zusprach, mit dem alten Argument, daß jede Gemeinde – gleich welcher Größe – nach dem Gemeindeprinzip einzeln gezählt werden müsse. Nach diesem Plan hätte sich eine rein statistische Majorität polnischer Gemeinden ergeben, weil die ländlichen Gemeinden mit polnischen Majoritäten in der Überzahl waren. Daß aber – berücksichtigte man die Gesamtstimmzahl in diesem Gebiet – immer noch eine deutsche Majorität vorhanden war, blieb bei dieser Argumentation absichtlich unberücksichtigt. Außerdem stellte Frankreich das in dieser Form gehandhabte Nationalitätenprinzip eindeutig vor die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die laut Versailler Vertrag bei seiner Entscheidung ebenfalls berücksichtigt werden mußten.

Im Effekt lief die Kontroverse darauf hinaus, daß England keine großen deutschen Majoritäten in einer Industrieenklave einer polnischen Minorität unterordnen wollte, einzig weil sie in den umliegenden ländlichen Gebieten die Majorität besaß. Frankreich argumentierte umgekehrt, durch die Entscheidung dürfe die polnische Majorität auf dem Lande nicht den Deutschen untergeordnet werden, allein weil sie im Industriegebiet die Majorität besäßen. Da aber zwischen Frankreich und England

⁸⁸ Cab 29/93 ICP 201.

Einigkeit darüber bestand, keine Enklaven zu schaffen, mußte Frankreich die Tatsache, daß das Industriegebiet eine deutsche Enklave darstellte – folgte man den französischen Plänen –, hinwegdiskutieren.

Darum meldete Briand als erster Zweifel an, ob das Industriegebiet als wirtschaftliche Einheit unteilbar sei und ersann eine Inseltheorie, die besagte, das Industriegebiet bestehe aus einer Anzahl deutscher Inseln innerhalb eines polnischen Gebietes. Er schloß mit einem Appell an die Alliierten, den Auftrag des Versailler Vertrages zu erfüllen, der das Selbstbestimmungsrecht in den Dienst der Befreiung unterdrückter Minderheiten stellte⁸⁹.

Nachdem die jeweiligen Standpunkte durch die Experten dargelegt worden waren, ergriff Lloyd George das Wort zu einer seiner eindrucksvollsten Reden der Konferenzperiode. Seine Rede stellte den letzten Versuch dar, eine Gesamtlösung für das Industriegebiet zu erlangen. Er appellierte an die Verantwortung des Supreme Council für eine dauerhafte Lösung in Oberschlesien. Der Friede an den Ostgrenzen Deutschlands könne nur durch eine Regelung erreicht werden, die die weiteste Zustimmung sowohl in Polen als auch in Deutschland und der ganzen Welt durch ein offensichtliches Höchstmaß an erreichbarer Gerechtigkeit erlangen werde. Er stellte fest, Frankreichs Haltung in der Oberschlesienfrage werde nicht so sehr durch die Vorschriften des Versailler Vertrages bestimmt, sondern vielmehr durch Sicherheitserwägungen. Die französische Sicherheit gehöre jedoch nicht zu den Vorschriften, die der Friedensvertrag für die Grenzziehung in Oberschlesien niedergelegt habe. „My answer is this. France is not adding to her security by doing something in Silesia which cannot be justified according to the rules of justice and fair-play. On the contrary, she is increasing her danger.“ Lloyd George warnte Frankreich vor einer ungerechten Regelung in Oberschlesien, aus der bei einem Wiedererstarken Deutschlands eine Gefahr erwachsen könnte. „I would urge upon France that, by trying to do something in Silesia which will not command itself to the conscience of the world, she is not increasing her security; she is weakening it, she is imperilling her future.“ Wenn es aber in diesem Augenblick der überlegenen Macht Gerechtigkeit walten läßt: „Then her security, I think, is above challenge.“

Lloyd George wies darauf hin, daß die Alliierten auf der Friedenskonferenz ganz Oberschlesien schon einmal in einer Weise aufgeteilt hätten, die die Abstimmungsergebnisse hätte beeinflussen sollen. Trotzdem hätten sieben Elftel für Deutschland und nur vier Elftel für Polen gestimmt. Und jetzt versuchten die Alliierten, die Entscheidung zu Deutschlands Ungunsten zu manipulieren. „If anybody thinks that the peace of Europe is going to be assured by procedure of that kind, I certainly am not one of them.“ Er wies auch die französische Ansicht, Oberschlesien sei eine den Polen von Deutschland geraubte polnische Provinz gewesen, die es jetzt zu befreien gelte, entschieden zurück⁹⁰.

⁸⁹ Cab 29/93 ICP 201 vom 8. August 1921.

⁹⁰ Cab 29/93/ICP 202. Lloyd George: „Silesia has not been a Polish province for seven hundred years. For that time it has been a German province; in fact it has been a German province for longer than Normandy has been a French province – much longer.“

In seiner Antwort verstrickte sich Briand in Widersprüche. Während er zuerst forderte, Polen müsse leben können, woraus folge, daß es dazu das oberschlesische Industriegebiet benötige, betonte er dann wieder die Priorität der ethnischen vor den wirtschaftlichen Faktoren. Die Konsequenz daraus hätte dem britischen Standpunkt entsprochen. Aber er wiederholte die französische Inseltheorie und behauptete, das industrielle Zentrum könne nicht aus seiner ländlichen Umgebung herausgetrennt werden, ohne das wirtschaftliche Leben der ganzen Region zu zerstören. Daher müsse das ganze Gebiet um der Gerechtigkeit willen an Polen gehen⁹¹. Keine Einigung, nicht einmal eine Annäherung der Standpunkte zeichnete sich ab. Deshalb wurde ein Vermittlungersuchen an den französischen Staatspräsidenten Mille-
rand eingeschaltet, der sich als der Architekt der französisch-polnischen Allianz vom Februar 1921 für eine Lösung zugunsten Polens aussprach⁹². Doch dies war für die britische Delegation inakzeptabel.

Daß man allerdings noch zu einem Ergebnis zu kommen versuchte, zeigt die Tatsache, daß die Expertenkommission mit der Ausarbeitung weiterer Vorschläge betraut wurde, die jetzt auch Teilungspläne für das Industriegebiet enthielten. Damit hatten beide Parteien während der Konferenz das Prinzip der Teilung des Industriegebietes prinzipiell akzeptiert, ohne sich jedoch darüber zuvor ausdrücklich geeinigt zu haben. In den Verhandlungen, die jetzt sowohl auf der Ebene der Experten als auch der Regierungschefs folgten, wurde um beiderseitige Konzessionen in der Festlegung der Grenzlinien bei Teilung des Industriegebietes gerungen, bis Lloyd George erklärte, Großbritannien sei an der Grenze seiner Konzessionsbereitschaft angelangt. So erbrachte auch das Zugeständnis der Teilbarkeit des Industriegebietes keine Lösung, denn die beiden Seiten konnten sich nicht über die Methode verständigen. Daher einigten sich der italienische Regierungschef und der britische Premier in einem Gespräch am 11. August, die Überweisung der Streitfrage an den Völkerbund vorzuschlagen⁹³. Dies stellte einen neuen Versuch dar, die britisch-französischen Gegensätze zu überwinden. Als Briand noch den letzten von der Konferenz ausgearbeiteten Teilungsplan für unannehmbar und wirtschaftlich inpraktikabel ablehnte, bemerkte Lloyd George, Frankreichs Entscheidungen werden von dem Motiv geleitet, Deutschlands Existenzfähigkeit zu zerstören. Darauf schlug er vor, die Frage an den Völkerbund zu überweisen, da der Oberste Rat der Alliierten sich als unfähig erwiesen habe, zu einer Entscheidung zu gelangen. Er forderte, daß bei dem Verfahren die strikteste Unparteilichkeit gewährleistet sein müsse. Frankreich akzeptierte diesen Vorschlag. Die Alliierten vereinbarten, jede Entscheidung des Völkerbundes zu akzeptieren⁹⁴. Zugleich wurde eine gleichmäßige Verstärkung der alliierten Truppen in Oberschlesien für Ende August vorgesehen⁹⁵.

⁹¹ Cab 29/93/ICP 203.

⁹² Cab 29/93/ICP 205 A, B.

⁹³ Cab 29/93/ICP 205 C, D, F.

⁹⁴ Cab 29/93/ICP 205 E, 206. Die schnelle Annahme des Schiedsvorschlages läßt auf vorbereitende Gespräche zwischen den Alliierten darüber schließen.

⁹⁵ FO 371/5923, S. 283 (DBFP XVI, No. 311).

Der Gedanke, die Entscheidung in der Oberschlesienfrage einem Schiedsgericht zu überweisen, falls Großbritannien und Frankreich zu keiner politischen Regelung gelangen könnten, tauchte bereits in einer Kabinettsitzung in London im Mai 1921 auf. Der Sekretär des Kabinetts und enge politische Vertraute des Premiers, Maurice Hankey, war ein großer Anhänger der Völkerbundsidee und bemühte sich entschieden darum, für den Gedanken einer Lösung im Rahmen des Völkerbundes Unterstützung in Regierungskreisen zu finden. In Gesprächen mit dem britischen Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, glaubte er, vor der Augustkonferenz sichergestellt zu haben, daß der Völkerbund ein völlig unparteiliches und unabhängiges Gremium einsetzen werde, das beide Parteien anhören und die bisherigen Experten hinzuziehen würde, da sie in die Probleme seit langem eingearbeitet seien. „Rightly or wrongly, everyone felt that our case was so overwhelmingly that if it were put before a thoroughly impartial tribunal, the decision would have been completely in our favour.“ Der Völkerbund benannte jedoch eine Kommission, die Hankey keineswegs für unparteilich hielt. Sofort wandte er sich an das Foreign Office, um ihre Einsetzung zu verhindern, da es nach seiner Auffassung ein zu großes Risiko bedeutete, wenn der belgische Delegierte frankophil und die anderen Mitglieder gleichzeitig Botschafter in Paris seien, wenn auch ihre Länder an dem Streit nicht beteiligt waren. Das Foreign Office weigerte sich jedoch, Beschwerde zu führen.

Nach eigener Darstellung befürwortete Drummond den Plan einer unabhängigen Kommission zuerst nachdrücklich, stieß damit aber auf den starken Widerstand der Ratsmitglieder, deren Argumenten sich sogar Balfour, damals britischer Vertreter, beugte⁹⁶. Nachdem sich der von Frankreich vertretene Grundsatz auch in der Völkerbundskommission durchgesetzt hatte, daß eine Priorität der ethnographischen vor den wirtschaftlichen Prinzipien bei der Grenzentscheidung in Oberschlesien gelten müsse, war abzusehen, daß in Genf eine Teilung des Industriegebietes beschlossen würde. Davon unterrichtete Balfour seine Regierung und ließ sie wissen, daß Übergangsregelungen für das Industriegebiet ausgearbeitet würden. Obwohl Curzon und Lloyd George die Weisheit einer Übergangsregelung wegen der damit verbundenen Gefahr von Reibereien bezweifelten, empfahl Balfour ihnen diese Lösung, die auch der Völkerbundsrat einstimmig befürwortete⁹⁷.

Die definitive Entscheidung über die Grenzziehung in Oberschlesien wurde im Völkerbund am 12. Oktober 1921 angenommen. Sie fiel entgegen den ursprünglichen Erwartungen der Engländer aus, die in dem Entschluß zur Übergabe der Frage an eine unparteiliche Instanz eine Chance gesehen hatten, ihre bereits eingegangenen Konzessionen rückgängig zu machen und das Industriegebiet ungeteilt Deutschland zuzusprechen. Hier zeigten sich die Folgen der Untätigkeit des Foreign Office und

⁹⁶ Cab 23/25/42; Hankey an Drummond v. 21. Oktober 1921, LGP F 25/2/35; Antwort Drummond v. 24. Oktober 1921, LGP F 25/2/36. Vgl. auch Erich Eyck, *Geschichte der Weimarer Republik*, I, Zürich 1957, S. 260.

⁹⁷ FO 371/5927, S. 86 ff.; Brief Balfours ans Kabinett, vom 29. September 1921; FO 37/5927, S. 278 (DBFP XVI, No. 329).

Balfours, die nicht auf der Einsetzung eines unparteilichen Gremiums bestanden hatten.

Die in der Oberschlesienentscheidung des Völkerbundes vorgesehene umfangreiche Wirtschaftskonvention bedeutete faktisch die Anerkennung des Prinzips der Unteilbarkeit des Industriegebietes. Bereits das Supreme Council auf seiner Tagung im August 1921 hatte Pläne auf dieser Linie ausgearbeitet, die freilich damals keiner Seite politisch akzeptabel erschienen. Deshalb stellt die Entscheidung des Völkerbundes, wie sie nach ihrer langen Vorgeschichte ausfiel, nichts weiter dar als eine politische Entscheidung, die das Supreme Council gern aus den Händen gegeben hatte. Ihr Zweck war es, den Bruch der Allianz zu verhindern. Eine unparteiische und damit in diesem Falle unpolitische Expertenentscheidung war es nicht. Die Enttäuschung der britischen Regierung war also durchaus begründet. Dennoch empfahl Curzon am 13. Oktober dem deutschen Botschafter in London, Stahmer, die Annahme der Völkerbundsentscheidung als im Grunde gar nicht so schlecht⁹⁸.

Nachdem der Völkerbund die Grenzpläne ausgearbeitet hatte, gingen sie in die Hände der Botschafterkonferenz über, die das Übergabeverfahren zu regeln hatte. In der Entscheidung war der Abschluß einer polnisch-deutschen Wirtschaftskonvention vorgesehen, die die Härten der Teilung mildern sollte und vor deren Abschluß das Übergabeverfahren nicht stattfinden konnte⁹⁹. England befürwortete eine schnelle Einigung Polens und Deutschlands hierüber, da es, durch Berichte bestärkt, auf einen beschleunigten Abzug aller alliierten Truppen in Oberschlesien drängte. Es befürchtete den Ausbruch eines neuen Aufstandes, der von den anwesenden französischen Truppen provoziert und unterstützt werden könnte¹⁰⁰.

Die Briten waren außerdem überzeugt, Frankreich arbeite unter den verschiedensten Vorwänden auf eine Verlängerung der Besetzung Oberschlesiens hin. Um das zu verhindern, drängte das Foreign Office den Botschafterrat in Paris zur unverzüglichen Zustimmung zu der zwischen Deutschland und Polen bis zum Mai 1922 abgeschlossenen Wirtschaftskonvention, damit die Übergabe der Territorien, die durch die Völkerbundsentscheidung Polen und Deutschland zugesprochen worden waren, ohne weiteren Verzug durchgeführt werden konnte¹⁰¹. Im letzten Augenblick tauchte noch ein Hindernis auf. Die Botschafterkonferenz teilte den beiden Regierungen Ende Mai mit, daß die Grenzregelung nicht in Kraft treten könne, bevor beide Staaten sich nicht zur Zahlung der jeweiligen Anteile an den Besatzungskosten bereitgefunden hätten. Als auf britische Initiative der Botschafterrat diese Bedingung fallen ließ, trat die Grenzregelung in Kraft. Die alliierten Truppen wurden im Juli 1922 abgezogen, die Oberschlesienkommission aufgelöst und ihre letzten Befugnisse vom Botschafterrat übernommen¹⁰².

⁹⁸ FO 371/5927, S. 168 (DBFP XVI, No. 336).

⁹⁹ FO 371/5927, S. 168 (DBFP XVI, No. 336); 5931, S. 1.

¹⁰⁰ FO 371/7464, S. 189, 193 f. (DBFP XVI, No. 386), S. 225 (DBFP XVI, No. 389).

¹⁰¹ FO 371/7464, S. 225 (DBFP XVI, No. 389), S. 228; FO 371/7465, S. 69 f.

¹⁰² FO 371/7465, S. 106 (DBFP XVI, No. 393); S. 123, S. 140; FO 371/7466, S. 187 (DBFP XVI, No. 397), S. 43; FO 371/7469, o. S. FO 371/7470, S. 260.

Die britische Regierung, vor allem Lloyd George, hat in der Auseinandersetzung mit Frankreich über Oberschlesien eine weit weniger kompromißbereite Haltung eingenommen, als etwa in der Frage der Zukunft der Militärkontrolle, wenn auch das Bestreben, zu einer Lösung des Problems zu gelangen, mit jedem diplomatischen Schritt deutlich wird. Der Grund dafür liegt darin, daß nach britischer Auffassung das französische Hegemonialstreben in Europa, das in der Oberschlesienpolitik offen zutage trat, wichtigen traditionellen wirtschaftlichen und politischen Interessen Großbritanniens widersprach, die ein Verbleiben des ober-schlesischen Industriegebietes bei Deutschland forderten. In der wiederholten Warnung Lloyd Georges an die französischen Regierungschefs Leygues und Briand, zu bedenken, daß die Höhe der deutschen Reparationsfähigkeit auch von der Entscheidung über Oberschlesien abhänge, kam die Furcht der britischen Regierung vor verschärften Spannungen in der Reparationsfrage zum Ausdruck, sollte das ober-schlesische Industriegebiet an Polen fallen. Solche Spannungen mußten auf die gesamte wirtschaftliche und politische Lage Mitteleuropas zurückwirken und die Aussichten auf einen baldigen Erfolg der britischen Ausgleichspolitik mindern. Bei Lloyd Georges persönlicher Haltung zum Oberschlesienproblem mag auch noch ein wenig Verachtung der Polen eine Rolle gespielt haben¹⁰³. Dies wiederum steigerte das polnische Mißtrauen gegenüber dem britischen Premier¹⁰⁴.

Welch gewichtigen machtpolitischen Faktor Oberschlesien im Ausbau des französischen Sicherheitssystems darstellte, zeigt die unnachgiebige Haltung der französischen Regierung. Für sie bedeutete die Stärkung des polnischen Bündnispartners einen Ausgleich für die nicht eingelöste Sicherheitsgarantie der beiden angelsächsischen Mächte. So trieb die Oberschlesienkrise gerade zu einer Zeit ihrem Höhepunkt zu, als die französische Regierung unter Briand die Entente als Pfeiler des Versailler Systems erhalten wissen wollte¹⁰⁵, während die Regierung Wirth mit ihrer Erfüllungspolitik in der Reparationsfrage um das Vertrauen der Alliierten warb¹⁰⁶, und die britische Regierung ihre Ausgleichspolitik durch immer neue Kompromißvorschläge unter Beweis stellte. Die britische Regierung hatte den großen Fehler begangen, Frankreich bei der Kontrolle Oberschlesiens in administrativer und militärischer Hinsicht ein zu großes Übergewicht gewinnen zu lassen. Anfänglich scheint sie die französischen Absichten nicht durchschaut zu haben; dann jedoch aktivierte sie diplomatische und militärische Mittel, um doch noch eine gerechte Lösung zu erreichen.

Als sich die Gefahr, daß Frankreich und Polen in Oberschlesien ein *fait accompli* schufen, mit der französischen Drohung verband, die Ruhr zu besetzen, bediente sich die britische Regierung erfolgreich der ihr zur Verfügung stehenden Mittel,

¹⁰³ Vgl. Brief Lloyd Georges an Curzon vom 16. Juni 1921, LGP F 13/2/32, wo er sagt: „The Germans will not indefinitely consent to keeping back their troops superior as they are in every respect to the Polish rabble.“

¹⁰⁴ Wambough, *Plebiscites*, I, S. 261.

¹⁰⁵ Bonnefous, *Troisième République III*, S. 242.

¹⁰⁶ Laubach, *Wirth*, S. 40, 106.

um durch diplomatischen Druck die gespannte Lage zu entschärfen und den Weg für eine politische Regelung zu ebnen. Sie verhinderte dadurch immerhin eine französische Ruhrbesetzung schon 1921 und erreichte, daß die Ruhe in Oberschlesien allmählich wieder hergestellt wurde und daß Frankreich sich an den Verhandlungstisch setzte. Dort meinte London die besseren Argumente zu besitzen und zeigte sich darum im Kern der Auseinandersetzung nur zu geringem Entgegenkommen bereit. Da Briand aber auf seinem Standpunkt beharrte, war es wieder die britische Regierung, die einen Ausweg aus dem Konflikt suchte, bevor er die Allianz zu sprengen drohte. Sie regte an, die Entscheidung an den Völkerbund zu überweisen, nicht ohne begründete Hoffnung, jene werde eher im britischen denn im französischen Sinne ausfallen¹⁰⁷. Für britische Befürworter der Völkerbundsidee verband sich mit diesem Schritt die Hoffnung, dadurch den Völkerbund politisch aufzuwerten.

Die Allianz wurde nach außen hin aufrechterhalten, obwohl sie infolge allzu vieler Gegensätze in der Europapolitik bereits brüchig geworden war¹⁰⁸. In London mehrten sich aber gerade jetzt die Stimmen, die in einer britischen Sicherheitsgarantie einen Weg sahen, um Frankreich die Furcht vor einem erstarkenden Deutschland zu nehmen. Mit einer Reaktivierung der Allianz verband sich letztlich die Hoffnung, Frankreich für die britische Deutschlandpolitik zu gewinnen. Das hätte zugleich einen Erfolg der Appeasementpolitik bedeutet, der Politik der Befriedung Europas. Die britische Regierung war überzeugt, im Vergleich zu Frankreich die bessere Konzeption für den europäischen Frieden zu besitzen. So machte sie gerade in der Oberschlesienfrage ihren Anspruch auf die führende Rolle in der europäischen Politik geltend, um politisch und wirtschaftlich tragbare Entscheidungen im Rahmen ihrer Konzeption durchzusetzen. Doch blieb ihr letztlich, gemessen an ihren Zielen, der erhoffte Erfolg versagt, wenn sie auch gegenüber den weitgesteckten französischen Vorstellungen einen beachtlichen Teilerfolg in der Oberschlesienpolitik verzeichnen konnte.

¹⁰⁷ Die Initiative zur Überweisung an den Völkerbund ging von britischer Seite aus, nicht von Briand, wie Laubach, Wirth, S. 59, behauptet.

¹⁰⁸ Für wie brüchig die britische Regierung die Allianz hielt, wird aus der Tatsache deutlich, daß sie Frankreich keine Sicherheitsgarantie ohne vorherige Generalvereinbarung der zwischen beiden Mächten strittigen Probleme zu geben bereit war.